

CDU-Ratsfraktion Overath | Hauptstraße 25 | 51491 Overath

Herrn

Bürgermeister Jörg Weigt

Hauptstr. 25

51491 Overath

Overath, 13.06.18

Antrag: Entwicklung eines städtischen Konzepts und Maßnahmenkatalogs zur Sicherstellung einer kontinuierlichen und nachhaltigen politischen Bildung und Partizipation von jungen Menschen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weigt,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtrates:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein städtisches Konzept und einen Maßnahmenkatalog zur kontinuierlichen und nachhaltigen Sicherstellung politischer Bildung und Partizipation von jungen Menschen, mit dem Ziel einer kontinuierlichen, selbstbestimmten Beteiligung, entsprechend u. a. den rechtlichen Vorgaben des § 11 Abs. 1 SGB VIII, zu entwickeln und dem Rat bzw. Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorzulegen.

Die Stadtverwaltung wird außerdem, zur Konzept- und Maßnahmenentwicklung für die kontinuierliche und nachhaltige Sicherstellung politischer Bildung und Partizipation junger Menschen, beauftragt, die fachliche Unterstützung des LVR-Kompetenzteams „eigenständige Jugendpolitik und Partizipation“, in Anspruch zu nehmen.

In kontinuierlichen Abständen wird die Verwaltung beauftragt, sowohl dem Rat als auch den betreffenden Ausschüssen (vor allem dem Jugendhilfeausschuss, den Ausschuss für Soziales, Kultur und Generationen, und den Schul- und Sportausschuss) den Sachstand darzulegen.

Bei allen Planungsphasen, sind nach Möglichkeit Kinder und Jugendliche zu beteiligen.

Fraktion im Rat der Stadt Overath

Hauptstraße 25
51491 Overath
fraktion@cdu-overath.de

Vorsitzender:

Oliver Hahn
Birkenhang 37

1.stellvertretender Vorsitzender:

Johannes Deppe
Hohkeppeler Str. 11

2.stellvertretende Vorsitzende:

Nicole Werdel
Gärtnerstr. 22

Geschäftsführer:

Hartmut Kohkemper
Am Kreuzberg 1

Schatzmeister:

Sebastian Weiss
Hauptstr. 79

Sachdarstellung:

Nachdem der Stadtverband der CDU-Overath für die Beratungen der Stadtratssitzung am 28.02.2018 in einer Anregung nach § 24 GO NRW den Versuch unternommen hat, unabhängig von parteipolitischen Interessen, durch einen fraktions-, partei- und gesellschaftsübergreifenden Konsens, einen städtischen Arbeitskreis zur politischen Partizipation und Bildung von jungen Menschen zu initiieren, möchten wir die Anregung aufgreifen und die Verwaltung beauftragen, ein städtisches Konzept zur Sicherstellung einer kontinuierlichen und nachhaltigen politischen Bildung und Partizipation von jungen Menschen zu entwickeln.

In unseren Ausführungen möchten wir ausdrücklich auf die Sachdarstellung des CDU-Stadtverbandes verweisen und uns auf diese beziehen.

Ergänzend möchten wir außerdem auf nachfolgende Ausführungen aufmerksam machen:

Wir verweisen und stimmen den Ausführungen der Kultusministerkonferenz zu, dass die „Erziehung für die Demokratie eine zentrale Aufgabe für Schule **und** Jugendbildung“ ist (*Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009*). In dem Bewusstsein, dass Schule ein zentraler Ort für die Entwicklung politischer Bildung und Partizipation mit dem Ziel einer größtmöglichen Selbstbildung ist, zielt die Anregung des CDU-Stadtverbandes und der Antrag der CDU-Fraktion nicht nur auf Schule, sondern auf die gesamte Jugendarbeit als Bildungsort ab.

Wir stimmen in diesem Zusammenhang dem 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung in der Aussage zu, dass es *„die große Stärke der Kinder- und Jugendarbeit ist, dass sie politische Bildung über die Vermittlung von Wissen hinaus, als einen Ort der eigenen Interessenfindung und der Selbstpositionierung für gesellschaftliche und individuelle Belange begreift und -leichter als die Schulpolitische Bildung in den Kontext der Alltagswelten Jugendlicher stellen und mit ihnen gemeinsam gestalten kann (15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung)“*.

Politische Jugendbildung und Partizipation sind somit in unserem Verständnis nicht nur eine schulische, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Auf dieser Grundlage teilt die CDU-Fraktion ausdrücklich **nicht** die Einlassung von Bürgermeister Jörg Weigt in der Ratssitzung am 28.02.2018, in dem er erklärt hat, *„dass Hauptaugenmerk liege hier nicht bei der Stadtverwaltung“ (Protokoll Stadtratssitzung 28.02.2018)*. Wir halten diese Aussage für falsch und in der Sache für kontraproduktiv. Gerade der erste Bürger einer Stadt sollte sich zum Zugpferd eines demokratischen Prozesses machen, in dem jungen Menschen Mut gemacht und Zugang ermöglicht werden soll, um sich als gestalterische Kraft am politischen Gestaltungsprozess der eigenen Heimatstadt zu engagieren. Neben jungen Menschen und politischen Parteien sollte es selbstverständlich sein, dass auch die Verwaltung und der erste Bürger der Stadt sich als Partner eines solchen Prozesses verstehen. Es ist bedauerlich, dass dies in Overath nach Aussage des Bürgermeisters nicht so ist.

Demokratiebildung in unserem Verständnis richtet sich an alle Generationen und Sozialisationsorte und ist somit als eine „generationsübergreifende Herausforderung“ zu verstehen. *„Hierzu bedarf es Möglichkeiten und Gelegenheiten, die ein unmittelbares Erleben von Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform im Alltag der (jungen) Menschen bereits vom Kita-Alter an möglich machen. Ein wichtiger Handlungsbedarf besteht darin, Strukturen, die entsprechende Bildungsprozesse und Partizipation gezielt fördern, zu stärken (Bundesjugendkuratorium Thesenpapier Dezember 2017)“*. Politische Bildung kann nur erlernt werden, wenn sie auch gelebt wird. Wir sind als CDU Overath der Grundüberzeugung, dass politische Bildung und Partizipation Gelegenheiten und Orte braucht, wo demokratische Verfahrensweisen erprobt, erlernt und angewendet werden können.

Die CDU-Fraktion stimmt den Einlassungen des Bundesjugendkuratoriums zu, dass „Demokratie erleben“ früh ansetzt, altersgerecht gestaltet sein und alle Kinder, Jugendliche und (junge) Erwachsene einbeziehen muss.

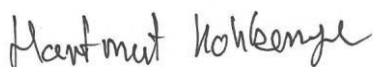
„Die verschiedenen Formen der Kinder- und Jugendarbeit bieten einen breiten Raum zur Aneignung und praktischen Umsetzung demokratischer Prozesse. Ihre Angebote „sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“ (§ 11 Abs. 1 SGB VIII) (Bundesjugendkuratorium Thesenpapier Dezember 2017)“.

Demokratische Gesellschaften geraten durch aktuelle politische Entwicklungen zunehmend unter Druck: Strukturen und Verfahrensweisen werden angezweifelt, Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform innerhalb und außerhalb von Europa immer mehr hinterfragt oder negiert. Nicht wenige Menschen fühlen sich von der Politik und den aktuell politisch handelnden Akteurinnen und Akteuren nicht länger repräsentiert. Der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis, dass angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Situation, der politischen Bildung Jugendlicher, eine wachsende Bedeutung zukommt.

In unserem Verständnis findet politische Bildung und Partizipation nicht nur in Jugendräten etc. statt, sondern hauptsächlich in vielen kleinen Angeboten, Maßnahmen und Aktionen in Schulen, Kitas, Vereinen, (Jugend-)Organisationen, Freizeit, Freundeskreis und Familie. Die Formate politischer Bildung und Beteiligung müssen sich den Bedürfnissen und Anforderungen der Kinder und Jugendlichen anpassen und nicht umgekehrt. Gefordert ist eine ehrliche und nicht eine ritualisierte und pseudocharakteristische politische Bildung und Partizipation. Politische Bildung und Partizipation müssen nicht nur einer elitären Gruppe von jungen Menschen, sondern jedem Kind und Jugendlichen im täglichen Alltag zugänglich gemacht werden. In diesem Verständnis sehen wir die Einberufung eines Jugendrates/Jugendparlament zwar grundständig als wichtig und als Teil eines Gesamtkonzepts und Maßnahmenkatalogs an, allerdings nur im Rahmen eines kontinuierlichen, nachhaltigen und dem freien Willen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragenen Prozesses. Die „freie Selbstbestimmung“ im Rahmen jugendgemäßer Partizipation von jungen Menschen und nicht eine ritualisierte „Scheinpartizipation“ halten wir aus christdemokratischer Sicht für zielführend und notwendig.

Um eine kontinuierliche und nachhaltige Konzeptions- und Maßnahmenentwicklung, die sich an den Bedürfnissen jungen Menschen und nicht an denen von Parteien und Politikern orientiert, zu gewährleisten, beantragen wir, das Fachwissen des „LVR-Kompetenzteam – eigenständige Jugendpolitik und Partizipation“, bei der Entwicklung in Anspruch zu nehmen. Das Kompetenzteam berät Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung einer eigenständigen Jugendpolitik.

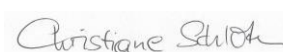
Hinweisen möchten wir in diesem Zusammenhang auch auf das Modellprojekt der Stadt Solingen, „fYOUture-wenn Demokratie leben lernt“. Das von der Stadt Solingen umgesetzte Modell entspricht in wesentlichen Bereichen unserem Ansinnen und Vorstellungen und bietet sich positiv als mögliche Overather Zugangsmöglichkeit an.



Hartmut Kohkemper
Ratsmitglied



Johannes Deppe
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Christiane Schloten
Ratsmitglied